

Wahlkampfthema Wohnen

Die Parteipositionen im direkten Vergleich

Maklerprovision

Soll in Zukunft statt der Doppelprovision nur mehr der Auftraggeber, im Normalfall der Vermieter oder Verkäufer die Maklergebühr tragen?



- SPÖ:** Auftraggeber bezahlt
- ÖVP:** Doppelprovision beibehalten
- FPÖ:** Auftraggeber bezahlt
- Grüne:** Auftraggeber bezahlt
- Team Stronach:** Auftraggeber bezahlt
- BZÖ:** Auftraggeber bezahlt
- Neos:** Auftraggeber bezahlt

Sozialer Wohnbau & Gemeindebauten

Mietpreiserhöhung im sozialen Wohnbau (inkl. Gemeindebauten) bei Überschreiten der Gehaltsobergrenze?



- SPÖ:** Nein, nur beim Einzug wird die Einkommenssituation überprüft.
- ÖVP:** Ja, Überprüfung der Gehaltsobergrenze bei Sozialwohnungen alle 10 Jahre. Bei Überschreiten erfolgt eine Mietangleichung nach oben.
- FPÖ:** Ja, prinzipiell einkommensabhängige Miete im Gemeindebau denkbar.
- Grüne:** Ja, einkommensabhängige Miete im sozialen Wohnbau.
- Team Stronach:** Ja, einkommensabhängige Miete im sozialen Wohnbau.
- BZÖ:** Ja, einkommensabhängige Miete im sozialen Wohnbau.
- Neos:** Ja, einkommensabhängige Miete im sozialen Wohnbau.

Wohnbauförderung

Wiedereinführung der Zweckbindung für Wohnbaugelder und daraus resultierender Rückflüsse?



- SPÖ:** Ja, bald möglichst
- ÖVP:** Ja, ABER erst frühestens 2015 nach dem Finanzausgleich zwischen Bund & Ländern. Widerstand in manchen Ländern
- FPÖ:** Ja, bald möglichst
- Grüne:** Ja, bald möglichst
- Team Stronach:** Ja, bald möglichst. Wohnbauförderung soll in Zukunft aber nur mehr in der Kompetenz des Bundes fallen.
- BZÖ:** Ja, bald möglichst
- Neos:** Ja, ABER Finanzierung nicht mehr durch Abzug vom Bruttolohn (1%), sondern durch Verkauf von Wohnungen aus sozialem Wohnbau



Mietzinsobergrenze

Sollen Mietpreise zukünftig gedeckelt werden?



- SPÖ:** Ja
- ÖVP:** Nein
- FPÖ:** Ja
- Grüne:** Ja
- Team Stronach:** Nein
- BZÖ:** Nein
- Neos:** Nein

Mietrecht NEU

Was sind die Schwerpunkte für ein neues Mietrechtsgesetz?



- SPÖ:** Transparenz und Aufschlüsselung bei Zu- & Abschlägen auf den Richtwertzins, max. 25 Prozent Zuschlag.
- ÖVP:** Transparenz und Aufschlüsselung bei Zu- & Abschlägen auf den Richtwertzins, keine Begrenzung bei Zuschlägen, weil mangelnder Investitionsanreiz zu Wohnraumverknappung führt.
- FPÖ:** Transparenz sowie Entkoppelung der Mieten vom Verbraucherpreisindex, damit sie nicht überproportional zu den Lebenshaltungskosten steigen. Das Richtwertsystem wird abgelehnt.
- Grüne:** Neues Mietzinsmodell mit ökologischen und sozialen Überlegungen. Grundbetrag als Basis mit Ober- & Untergrenze für Zu- & Abschläge. Neubauten (alle ab BJ. 1953) sollen nach 25 Jahren in Vollenwendungsbereich des MRG und damit auch in den Mietschutz fallen.
- Team Stronach:** Entkoppelung der Mieten vom Verbraucherpreisindex, damit sie nicht überproportional zu den Lebenshaltungskosten steigen. Mietpreis max. an der Wertanpassung der Pensionen oder vergleichbaren Entwicklung der tatsächlichen Einkommen orientieren.
- BZÖ:** Vereinheitlichung und Vereinfachung sowie mittelfristige Anpassung privilegierter Mieten; Zehnprozentige Umsatzsteuer auf Mieten soll fallen.
- Neos:** Bei Mieterwechsel Neubestimmung der Wohnungskategorie (A, B, C, D); Vereinheitlichung aller Mietzinsmodelle (u.a. Friedenszins, Kategoriemietzins) durch schrittweise Anhebung auf den Richtmietzins über 15 Jahre, gültig für alle Mieter.